Politisches Forum "Mehr Mut zur Tat"

**Bildungspolitik: "Wir haben richtig viel zu tun"**

Auf Einladung des Politischen Forums Mehr Mut zur Tat kamen am 20. Januar 2022 unter Beachtung der Coronaschutzmaßnahmen kundige Referenten und Politiker zu einer Diskussion zur Bildungspolitik im Franz-Hitze-Haus in Münster zusammen: Prof. Dr. Kerstin Schneider, Vorstandsvorsitzende des Wuppertaler Instituts für bildungsökonomische Forschung, Birgit Wenninghoff, Leiterin der Mathilde-Anneke-Gesamtschule in Münster, Franziska Müller-Rech, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Landtag NRW, und Maria Klein-Schmeink, für Münster direkt gewählte Bundestagsabgeordnete (Grüne).

Prof. Schneider zeigte auf, dass Deutschlands Ausgaben für sein Bildungssystem, vor allem den schulischen Teil, deutlich geringer sind als im EU- und OECD-Durchschnitt, dass die Leistungsfähigkeit der schulischen Bildung unbefriedigend ist – ein Viertel bis ein Drittel der Schüler erfüllen die von den Kultusministern selbst gesetzten Standards in Schreiben und Rechnen nicht – und dass der Beitrag der schulischen Bildung zur Ermöglichung sozialen Aufstiegs abnimmt. Sie betonte, dass die Datenlage zu Bildungserfolgen von Schülern und Einflussfaktoren darauf äußerst dünn ist, das gelte erst recht für Studenten und Berufstätige.

Die anderen Referentinnen stimmten den Befunden zu. Es fehlt vor allem an Lehrern und auch an Erziehern in Kindergärten. Kindergärten und Grundschulen klagen über unter­entwickelte kognitive, motorische und soziale Fähigkeiten vieler Kinder aus bildungsfernen Familien, haben aber zu wenig Personal, um genügend individuell fördern zu können. Auch in den Schulen ist differenziertere Förderung und Bildungsvermittlung nötig; Wenning­hoff warb für ausreichende Spielräume für die Schulen, aber auch für mehr Personal, um solche Differenzierungen erarbeiten zu können. Dann könnten die Haupt-, Real- und Gesamt­schulen und die Gymnasien mehr als bisher eigene Profile entwickeln. Ergänzt werden müsse das durch regelmäßige qualifizierte Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer, was auch von den anderen Referentinnen klar unterstützt wurde.

Mehr Freiräume für die Schulen erfordern geeignete Leistungsstandards ("Benchmarks"), um die Leistungsfähigkeit der Schulen transparent machen zu können. Damit könnten auch die Kultusministerien mehr "loslassen" und frühere Konzepte einer "selbständigen Schule" wieder beleben. Auch die Politik, so Müller-Rech wünscht sich solche Benchmarks und eine deutlich bessere Datenlage, auch differenziertere Vergleiche zwischen den Bundesländern.

Die Möglichkeiten für sozialen Aufstieg sind in Deutschland zwar immer noch recht gut, aber rückläufig. Nach den in dieser Hinsicht beispielhaften Nachkriegsjahren bestimmt oft die Bildungsorientierung (und damit meist verbunden die ökonomische Lage) der Eltern den Bildungsweg der Kinder (und deren berufliche und ökonomische Erfolge). Einerseits müssen also viel mehr als bisher weniger gut entwickelte Kinder möglichst früh gefördert werden; dazu müssen Förderbedarfe unabhängig von Eltern ermittelt werden. Wünschenswert ist auch, dass Schüler vom Austausch mit Gleichaltrigen aus unterschied­lichen sozialen Schichten profitieren können. Müller-Rech beschrieb ein Gymnasium in einem eher sozial schwachen Viertel in Bonn, das durch eine starke Focussierung auf Sport und Musik auch für viele Kinder aus bildungsorientierteren Familien aus dem weiteren Umfeld attraktiv geworden sei.

Anderseits müssen unrealistische Erwartungen von Eltern durch Eltern-Gespräche, Dialoge mit Betrieben und Darstellung von beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten ohne direkt an die Schule anschließendes Studium korrigiert werden. Zu viele Eltern und Schüler missverstehen die Berufskollegs mit ihren Möglich­keiten, ein Fachabitur zu erreichen, als vermeintlichen Weg zum Abitur, das "bessere" Berufe ermögliche.

Statt dessen müssen Schülern und Eltern noch deutlich mehr die Chancen im Handwerk und dualen Ausbildungen vermittelt werden, zumal auch im Handwerk die Anforderungen steigen. Die Chancen, sich über einen Meister-Abschluss die Möglichkeit zum Studium offen zu halten, waren noch nie so groß. Allen Schülern muss aber auch vermittelt werden, dass Bildung mit Anstrengung verbunden ist und es Ziele braucht, um die Anstrengungen zu focussieren. Frau Schneider vermutet, dass bis zu 30% der Studenten nicht wirklich wissen, was sie erreichen wollen und viele später als Studienabbrecher wertvolle Jahre verloren haben werden.

Klein-Schmeink fasste die notwendigen Anstrengungen in der Bildungspolitik in die Worte "Wir haben richtig viel zu tun" und verwies auf den Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition. Die Ausgaben für Bildung sollen erhöht werden, insbesondere für mehr Lehrer und Erzieher in Kitas, mehr spezifische Förderung von Kindern und Schülern, mehr Ressourcen vor allem für Schulen in sozial schwächeren Vierteln. Lehreraus- und -fortbildung sollen ausgebaut und die Wertschätzung der erziehenden Berufs verbessert werden. Müller-Rech wies auf bereits erfolgte Weichenstellungen in NRW hin: Lernstandards für Grundschulen, Abschaf­fung des "Schreibens nach Gehör", über 1000 neue Lehrerstellen und Ausweitung der Kapazitäten für Lehrerbildung an den Hochschulen.

Eine lebhafte Diskussion mit dem Publikum rundete die Erkenntnisse ab. Moderator Hans-Peter Kosmider wünschte insbesondere den beiden Politikerinnen Mut zu Tat. Mit einer "Bildungsoffensive 2030" sollten die Weichen langfristig und verlässlich zu einer wirksamen und transparenten Stärkung des Bildungswesens gestellt werden. Großer Beifall für die Referentinnen.